

Dienstleistungsauf... - 91311-2011

22/03/2011 S56 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.

D-Hofheim am Taunus: Öffentlicher Verkehr (Straße)

2011/S 56-091311

BEKANNTMACHUNG**Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH

Am Kreishaus 1-5

65719 Hofheim am Taunus

DEUTSCHLAND

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des Auftraggebers <http://www.mtv-web.de>

Weitere Auskünfte erteilen: IGDB GmbH

Im Steingrund 3

z. H. Herrn Fiedler

63303 Dreieich

DEUTSCHLAND

Tel. +49 61035067-220

E-Mail: ausschreibung@igdb.de

Fax +49 61035067-121

Internet: <http://www.igdb.de>

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: IGDB GmbH

Im Steingrund 3

z. H. Herrn Fiedler

63303 Dreieich

DEUTSCHLAND

Tel. +49 61035067-220

E-Mail: ausschreibung@igdb.de

Fax +49 61035067-121

Internet: <http://www.igdb.de>

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: IGDB GmbH

Im Steingrund 3

63303 Dreieich

DEUTSCHLAND

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

Sonstiges Lokale Nahverkehrsorganisation

Sonstiges Öffentlicher Personennahverkehr

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

AST-Verkehre Main-Taunus.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag

Dienstleistungskategorie: Nr. 2

NUTS-Code DE71A

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Erbringung von AST-Verkehrsleistungen im Main-Taunus-Kreis auf den Linien: 20, 46, 263, 404, 805, 810, 812, 818, 835, 836, 837.

Die Linien beinhalten die innerstädtische Erschließung der Städte und Gemeinden im Main-Taunus-Kreis zu Zeiten schwacher Verkehrsnachfrage, die Anbindung von Wiesbaden-Naurod an die S-Bahn in Eppstein-Bremthal in der Schwachverkehrszeit und die Anbindung von Hattersheim an den Busverkehr in Frankfurt-Sindlingen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

60112000, 60140000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose

Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

Nein

II 2)

MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang**

Die Leistungen können mit 10 Fahrzeugen (5 Kleinbusse, 5 PKW) und geschätzten 163 000 Besetzkilometern p.a. erbracht werden.

II.2.2) Optionen

Ja

Beschreibung der Optionen: Von Seiten des Auftraggebers besteht ein Optionsrecht auf Vertragsverlängerung von ca. 2 x 2 Jahren bis zum 8.12.2018, d.h. Samstag vor dem international vereinbarten Fahrplanwechsel der Fahrplanperiode 2019 bzw. bis zum 13.12.2020, d.h. Samstag vor dem international vereinbarten Fahrplanwechsel der Fahrplanperiode 2021.

Zahl der möglichen Verlängerungen 2

II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG

Beginn: 11.12.2011. Ende: 10.12.2016

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**III.1) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten**

Zur Sicherung der Leistungspflicht und des lückenlosen Weiterbetriebs im Falle einer Betriebsaufnahme durch Dritte sowie zur Durchsetzung aller bestehenden und künftigen, auch bedingten und befristeten Ansprüche des Auftraggebers aus Verkehrsvertrag einschließlich nachvertraglicher Abwicklungspflichten muss der jeweils erfolgreiche Bieter (Gewinner der Ausschreibung) Sicherheitsleistungen in Höhe von 5.000 Euro bereit stellen.

Die Sicherheitsleistung ist durch Bankbürgschaft zu erbringen. Die Bürgschaftserklärung ist schriftlich mit der ausdrücklichen Bestimmung, dass die Bürgschaft deutschem Recht unterliegt, unbedingt und unbefristet sowie selbstschuldnerisch unter Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit, der Anfechtung und der Vorausklage abzugeben.

Die Sicherheitsleistung ist spätestens 14 Tage nach der durch den Auftraggeber erfolgten Vertragszeichnung zu erbringen.

Die Rückgabe der Sicherheitsleistung erfolgt nach Entfallen des Sicherungszwecks. Die-ser umfasst insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Leistung sowie die Durchsetzung finanzieller Ansprüche des Auftraggebers einschließlich nachvertraglicher Abwicklungspflichten. Hierunter fällt insbesondere die Sicherstellung eines Ersatzverkehrs, falls der AN die vertraglich vereinbarte Verkehrsleistung nicht mehr erbringen kann. Der Sicherungszweck entfällt spätestens nach Abwicklung der letzten Zahlungen nach Beendigung des Verkehrsvertrages.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach § 17 VOL/B (in der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung der Ausschreibung gültigen Fassung sowie ggf. entsprechende Nachfol-geregelungen) soweit im Verkehrsvertrag nebst Anlagen nicht etwas anderes geregelt ist.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird

Die Abgabe von Angeboten durch Bietergemeinschaften ist zulässig.

Erforderliche Rechtsform bei Auftragserteilung:

— Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform,

— Auftragserteilung nur an ein federführendes und bevollmächtigtes Mitglied der Gemeinschaft; gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder.

Eine entsprechende Erklärung ist für den Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft gemäß Anlage F zum Angebotsschreiben "Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" abzugeben (vgl. hierzu auch Ziffer 15 der Aufforderung zur Angebotsabgabe).

Die Bildung von Bietergemeinschaften nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

Bieter, die sich im Rahmen einer Bietergemeinschaft an dieser Ausschreibung beteiligen, können darüber hinaus kein eigenständiges Angebot einreichen. Falls derartige Angebote eingehen sollten, würde dies zwingend sowohl zum Ausschluss des Angebotes des betreffenden Einzelbieters als auch - bei Kenntnis der Bietergemeinschaft vom Angebot des Einzelbieters - des Angebotes der Bietergemeinschaft führen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung

Nein

III.2) TEILNAHMEBEDINGUNGEN**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: — Bietererklärung zur Zuverlässigkeit einschließlich der Erklärung nach dem Gemeinsamen Runderlass vom 03. April 1995 in der Fassung vom 14. November 2007 (StAnz. S. 2327) über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilenden Erklärungen siehe Anlage D zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Selbsteinschätzung: Darlegung zu kommunalwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilenden Erklärungen siehe Anlage E zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Erklärung der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft (detaillierte Anforderungen an die zu erteilenden Erklärungen siehe Anlage F zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (vgl. § 7 EG Abs. 8 VOL/A), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: oder vergleichbar). [Dieser Nachweis kann als Kopie erfolgen.]. Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen,

— Nachweis der fachlichen Eignung i.S. des § 13 Abs. 1 Nr. 3 PBefG i.V.m. § 3 PBZugV: Kopie einer Bescheinigung über

die fachliche Eignung, ausgestellt durch die zuständige Behörde (vgl. Anlagen 4, 5 und 6 zur PBZugV). Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise für die Beförderung von Personen im Straßenverkehr, die natürlichen Personen und Gesellschaften aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erteilt wurden, werden in unmittelbarer Anwendung des Art. 10 der Richtlinie 96/26/EG anerkannt; oder Kopie einer Genehmigungsurkunde für den Linienverkehr mit KOM bzw. einer Genehmigungsurkunde für den Verkehr mit Mietomnibussen oder mit Mietwagen. Die

Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer IV. 3.4 genannten Datum der Angebotsabgabe enden; oder Kopie einer EU-Lizenz entsprechend der EG-VO 684/92 i.d.F. 11/98, erforderlichenfalls zzgl. deutscher Übersetzung. Die Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer IV. 3.4 genannten Datum der Angebotsabgabe enden.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: — Bietererklärung zur finanziellen Leistungsfähigkeit: unterzeichnete Erklärung des Bewerbers hinsichtlich der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (detaillierte Anforderungen an die zu erteilenden Erklärungen siehe Anlage C zum Angebotsschreiben, der Vordruck ist zu verwenden),

— Angabe von vergleichbaren erbrachten AST- bzw. sonstigen bedarfsgesteuerten Verkehren die mit dem Gegenstand der Vergabe zu vergleichen sind, seit Gründung des Unternehmens, höchstens jedoch seit Beginn (01.01.) der letzten drei vollen Kalenderjahre vor dem in Ziffer IV. 3.4 genannten Termin zur Angebotsabgabe (Beschreibung, Benennung von Ansprechpartnern der beauftragenden Stellen, Rechnungswert) die benannte Anzahl braucht die im Vordruck geforderte Anzahl nicht zu überschreiten (Detaillierte Anforderung an die zu erteilenden Angaben siehe Anlage G zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden). Falls keine vergleichbaren Verkehrsleistungen vorliegen, ist eine selbst erstellte Beschreibung der erbrachten Verkehrsleistungen (Taxi-, Transferleistungen o.ä.) sowie ggf. Auflistung der bereits beauftragten künftig zu erbringenden Verkehrsleistungen mit den o.g. Anforderungen vorzulegen,

— Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen.],

— Bescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen.].

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge**

Nein

III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGS-AUFTRÄGE**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

Nein

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen**

Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **VERFAHRENSART**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.2) **ZUSCHLAGSKRITERIEN**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

Wirtschaftlich günstigstes Angebot die nachstehenden Kriterien

1. Preis. Gewichtung 100

IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt**

Nein

IV.3) **VERWALTUNGSINFORMATIONEN**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber**

1827

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags**

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABL.: [2010/S 75-112035](#) vom 17.4.2010

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen 18.4.2011 - 16:00

Die Unterlagen sind kostenpflichtig

Preis 10 EUR

Zahlungsbedingungen und -weise: Bar, Verrechnungsscheck, Überweisung.

Empfänger: IGDB GmbH.

Kontonummer: 46131314.

Bankleitzahl: 50652124.

Bei Kreditinstitut: Sparkasse Langen-Seligenstadt.

Verwendungszweck (bitte immer angeben!) "AST-Verkehre Main-Taunus".

Preis enthält 19 % Mehrwertsteuer.

Zum Erhalt der Vergabeunterlagen bitte die Informationen gem. Ziffer VI. 3. beachten.

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge**

11.5.2011 - 10:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

Bis 4.7.2011

Bedingungen für die Öffnung der Angebote**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN****VI.1) DAUERAUFTRAG**

Nein

VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD

Nein

VI.3) SONSTIGE INFORMATIONEN

- Zur Anwendung des Hessischen Präqualifikationsregisters (HPQR) siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe,
- Die Vergabeunterlagen sind schriftlich (Brief, Fax, E-Mail) unter Nennung des Unternehmens inkl. Adresse sowie eines Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten (Telefon, Fax, E-Mail) abzufordern,
- Bei persönlicher Abholung der Vergabeunterlagen ist im Vorfeld mit der IGDB GmbH ein Abholungstermin zu vereinbaren.

Nachr. HAD-Ref.: 990/135.

Nachr. V-Nr./AKZ: 1827.

VI.4) NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN**VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

64283 Darmstadt

DEUTSCHLAND

Fax +49 6151 125816 (normale Dienstzeiten) / 6151126834 (00:00 bis 24:00 Uhr)

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein

Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.

Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind

Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH

Am Kreishaus 1-5

65719 Hofheim am Taunus

DEUTSCHLAND

Internet: <http://www.mtv-web.de>**VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

17.3.2011